Resolution zum Klimanotstand

Eine Resolution zur Erklärung eines Klimanotstands mit der Forderung sofortiger und ambitionierter Maßnahmen gegen die Klimakrise, um die globale Erwärmung auf 1,5 °C zu begrenzen.

*Eine Resolution zum Klimanotstand kann hilfreich sein, um mehr Aufmerksamkeit für das Thema zu generieren und den politischen Druck auf die nationale und EU-Ebene zu erhöhen. Sie kann auch dazu dienen, die lokale Ebene stärker zu unterstützen und um den Bürger\*innen zu zeigen, inwieweit ihre Stadt bereits aktiv ist.*

*Diese Resolutions-Vorlage ist ein Vorschlag, der auf bereits verabschiedeten Klimanotstand-Resolutionen basiert: San Francisco (US), Plymouth (UK), Konstanz (DE) und Basel (CH). Klima-Bündnis Mitglieder können die Vorlage an ihre lokalen Bedürfnisse und Besonderheiten anpassen.*

**WIR STELLEN FEST, DASS** *(Gerne können Sie eigene Elemente hinzufügen oder die vorgeschlagenen Formulierungen ändern)*

* der Klimawandel eine sich schnell entwickelnde Krise ist, welche die globale Stabilität und die menschliche Existenz ernsthaft gefährdet.
* der Weltklimarat (IPCC) einen Sonderbericht zu den Folgen der globalen Erderwärmung herausgebracht hat. Darin stellt er die Notwendigkeit fest, globale Treibhausgasemissionen bis weit vor 2030 zu reduzieren, um die Erwärmung auf 1,5 °C zu beschränken und damit die katastrophalsten Auswirkungen des Klimawandels zu vermeiden. Dies ist nur erreichbar mit ehrgeizigen Maßnahmen der nationalen und subnationalen Ebenen, der Zivilgesellschaft, dem Privatsektor, indigenen Völkern und lokalen Gemeinschaften.
* das derzeitige Tempo und Ausmaß der nationalen Klimaschutzmaßnahmen nicht ausreicht, um erhebliche Schäden für Wirtschaft, Umwelt und menschliche Gesundheit in den kommenden Jahrzehnten abzuwenden.
* gefährdete Bevölkerungsgruppen (in unseren Städten und Gemeinden, aber auch unter unseren indigenen Partnern im Amazonasgebiet und anderswo) am stärksten von langjähriger Umweltungerechtigkeit betroffen sind und die negativen wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Auswirkungen der auf fossilen Rohstoffen basierenden Wirtschaft und der Übernutzung von Ressourcen am stärksten spüren.
* die Abholzung des Regenwaldes im Amazonasbecken und anderer Regenwälder ein zusätzlicher Treiber des Klimawandels ist und die Lebensräume und Kulturen der indigenen Völker zerstört. Da Regenwaldschutz auch Klimaschutz ist, bekräftigen wir daher die durch unsere Mitgliedschaft im Klima-Bündnis eingegangene Verpflichtung, indigene Organisationen zu unterstützen.
* *die Kommune* bereits unter den Folgen des Klimawandels in Form von Dürren, Luftverschmutzung, extremer Hitze und Überflutungen leidet. Diese Auswirkungen werden sich voraussichtlich verstärken, wenn globale Treibhausgasemissionen nicht signifikant reduziert werden.
* obwohl *unsere Kommune* bereits Pläne und Strategien zur Emissionsreduzierung entwickelt (hier können Sie einige Ihrer aktuellen Aktivitäten, Projekte und Initiativen auflisten), wir auch auf die nationale und europäische Ebene angewiesen sind, um weiter zu gehen und umfassendere Maßnahmen zu ergreifen.
* der Klimawandel grundlegende menschliche Bedürfnisse, wie Nahrung, Wohnen, Gesundheitsversorgung, Verkehrsmittel und Energie verteuern wird. In Kombination mit geringen Löhnen führt dies zu weiterer Vermögensungleichheit.
* nationale und lokale Regierungen weltweit ihre Pro-Kopf-Emissionen bis 2030 signifikant reduzieren müssen, um innerhalb einer Erwärmung von 1,5 °C zu bleiben und *die Kommune* sich verpflichtet, mit gutem Beispiel voranzugehen; deshalb

**BESCHLIESSEN WIR, DASS** *(Gerne können Sie eigene Elemente hinzufügen oder die vorgeschlagenen Formulierungen ändern)*

*Unsere Kommune* erklärt den Klimanotstand, der unsere Kommune, Region, Bundesstaat und Land sowie die Menschheit und natürliche Welt bedroht; und dass

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| **OPTION 1** *unsere Kommune* sich zu einem gerechten Wandel mit der Vision einer **CO2-freien** Zukunft verpflichtet, die so schnell wie möglich und nicht später als 2030 100 % fossil-frei ist und auf 100 % erneuerbaren Energien basiert. | **OPTION 2** *unsere Kommune* sich zu Entscheidungen und einer Handlungsweise verpflichtet, die mit den **Empfehlungen des Berichts des IPCC von 2018** vereinbar sind, indem sie die kommunalen Treibhausgasemissionen so schnell wie möglich beseitigt.  | **OPTION 3***unsere Kommune* sich verpflichtet, über die derzeit festgelegten Ziele hinauszugehen und sie vor allem **so ehrgeizig wie möglich** zu gestalten, indem sie die Anpassungs- und Widerstandsstrategien zur Vorbereitung auf die Intensivierung der Klimaauswirkungen beschleunigt. |

**DESHALB BESCHLIEßEN WIR WEITERHIN,** *(Gerne können Sie eigene Elemente hinzufügen oder die vorgeschlagenen Formulierungen ändern)*

* dass die Umwelt- bzw. Klimaschutzabteilung zur Verringerung der Treibhausgasemissionen und zur Förderung erneuerbarer Energien Maßnahmen für die kommunale Klimaschutzstrategie empfiehlt. Gleichzeitig müssen die Auswirkungen dieser Maßnahmen auf Arbeitsplätze und benachteiligte Bevölkerungsgruppen sowie auf die Umwelt und die biologische Vielfalt in der Umgebung berücksichtigt werden.
* dass *die Kommune* die Klimaauswirkungen aller zukünftigen Entscheidungen berücksichtigen wird und Lösungen und Aktionen bevorzugt, die positive Auswirkungen für Klima, Umwelt und biologische Vielfalt haben.
* dass *die Kommune* die Integration von Klimafragen in allen kommunalen Aufgabengebieten und die Zusammenarbeit zwischen Abteilungen fördern wird, um mit hoher Priorität Strategien für eine drastische Verringerung der Emissionen zu erarbeiten.
* dass *die Kommune* ihre Klimaschutzbemühungen mit anderen lokalen, regionalen und nationalen Regierungen koordinieren wird, um sofortige und kurzfristige Maßnahmen zur Reduktion von Treibhausgasemissionen aus fossilen Brennstoffen und anderen Quellen zu beschließen.
* dass Gewerkschaften und Gemeinschaften, die aktiv im Bereich der Umweltgerechtigkeit tätig sind, aktiv am Übergang *der Kommune* zu einer fossilfreien Wirtschaft beteiligt sein müssen. Durch lokale Klimaschutz- und Anpassungsplanung und Programmumsetzung sollen diese Gruppen einbezogen werden, um eine gerechte Transformation für alle zu gewährleisten.
* dass die Gesetzgebungen oder Projekte, die durch den Klimanotstand-Prozess gestartet werden, Investitionen für Gemeinschaften mit niedrigem Einkommen, sowie Bevölkerungsgruppen, die historisch und überproportional von Umweltverschmutzung, hoher Arbeitslosigkeit und Umweltgerechtigkeit betroffen sind, bevorzugt berücksichtigen sollten.
* dass *unsere Kommune*, während sie an der Bekämpfung des Klimawandels arbeitet, ihre Bemühungen zur Anpassung an den Klimawandel weiter vorantreibt, um unvermeidliche Auswirkungen des Klimawandels zu verringern.
* dass *unsere Kommune* sich verpflichtet, die Bürger\*innen und insbesondere junge Menschen über den Klimanotstand zu informieren, indem sie Bürger\*innenversammlungen und andere Aktivitäten durchführt sowie Informationen vermittelt, bei denen die Bürgerbeteiligung im Mittelpunkt der Entscheidungsfindung steht.
* dass der Rat mit dem Amt des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin und den zuständigen kommunalen Behörden zusammenarbeiten wird, um einen Haushalt zu entwickeln, der dringende Klimaschutzmaßnahmen ermöglicht, weitere Investitionen öffentlicher Mittel in von fossilen Brennstoffen abhängige Infrastrukturen vermeidet und eine klimaresiliente Zukunft für alle Bürger\*innen gewährleistet.

## KontaktE

**Thomas Brose**

**Geschäftsführer, Klima-Bündnis**

+49 69 7171 39 -31 | t.brose@klimabuendnis.org

**Sarah Mekjian**

**Leiterin Kommunikation, Klima-Bündnis**

+49 69 7171 39 -20 | s.mekjian@klimabuendnis.org

**Carsten Kuhn**

**Projektmanager, Klima-Bündnis**

+49 69 7171 39 -37 | c.kuhn@klimabuendnis.org

**Das Klima-Bündnis**

Seit mehr als 25 Jahren setzen sich die Mitgliedskommunen des Klima-Bündnis mit ihren indigenen Partnern der Regenwälder für das Weltklima ein. Mit 1.700 Mitgliedern aus 26 europäischen Ländern ist das Klima-Bündnis das weltweit größte Städtenetzwerk, das sich dem Klimaschutz widmet, und das einzige, das konkrete Ziele setzt: Jede Klima-Bündnis-Kommune hat sich verpflichtet, ihre Treibhausgasemissionen alle fünf Jahre um zehn Prozent zu reduzieren. Da sich unser Lebensstil direkt auf besonders bedrohte Völker und Orte dieser Erde auswirkt, verbindet das Klima-Bündnis lokales Handeln mit globaler Verantwortung. [klimabuendnis.org](http://www.klimabuendnis.org)